

ÖIF Monitor

Integration & Migration

Juni 2015

Asylgipfel: Große Zustimmung zu Bezirksquoten

Entwicklungen im Asylbereich sowie Rekordzahlen bei Flüchtlingen führen zu kontroversen Debatten **[Seite 3]**

Aktuelles: 13% ausländische Wohnbevölkerung

Stark gestiegene Nettozuwanderung ausländischer Personen bringt Bevölkerungswachstum **[Seite 3]**

Integrationstests für Drittstaatsangehörige erlaubt

Von Nicht-EU-Bürger/innen dürfen Integrationstests für Daueraufenthalt verlangt werden **[Seite 6]**

Europa

Debatte um Reformen bei EU-Sozialsystemen

Auf EU-Ebene wird derzeit über den Bezug von Sozialleistungen für Zuwander/innen aus anderen EU-Staaten debattiert. Großbritannien legte diesbezüglich Vorschläge vor. Auch der österreichische Integrationsminister Sebastian Kurz spricht sich für EU-Reformen aus. So wäre etwa im Bereich der Familienbeihilfe über Neuregelungen nachzudenken.

Anfang Juni 2015 hat der britische Premierminister David Cameron eine Diskussion über eine EU-Reform eröffnet. Auch eine Reform bzw. Einschränkung von Sozialleistungen im europäischen Kontext sind dabei Thema. Der britische Premier möchte beispielsweise Familienleistungen für EU-Bürger/innen, deren Familien im Ausland leben, streichen. Diese Diskussion wurde auch auf nationa-

ler Ebene in Österreich weitergeführt. Außenminister Sebastian Kurz führt an, dass aufgrund der Unterschiede der Sozialsysteme und Einkommensverhältnisse in der Europäischen Union ein massives Ungleichgewicht entsteht. Um dem entgegenzuwirken, soll etwa die Familienbeihilfe valorisiert und an das ortsübliche Niveau der jeweiligen Staaten angeglichen werden. 

Inhalt

Debatte um Reformen bei EU-Sozialsystemen	1-2
Flucht und Asyl	3
Integration in Österreich	4
Flucht und Asyl: International	5
Migration Policies International	6
Pressebeobachtung, Kurzmeldungen	7
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF	8

→ Fortsetzung von Seite 1
Debatte um Reformen bei EU-Sozialsystemen

Derartige vorgeschlagene Änderungen stellen jedoch keine Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU dar. Die Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU ist ein hohes Gut und muss unbedingt bewahrt werden. Niederlassungsfreiheit heißt aber nicht, sich das beste Sozialsystem auszusuchen.

Auszahlung der Familienbeihilfe

Die Familienbeihilfe wird in Österreich über den Familienlastenausgleichsfonds finanziert. Alle in- und ausländischen Arbeitnehmer/innen in Österreich zahlen 4,5% ihres Bruttolohns in diesen Fonds ein. Anspruch auf Familienbeihilfe haben grundsätzlich auch Bürger/innen der EU, die sich legal in Österreich aufhalten und über eine Anmeldebescheinigung verfügen. Ausgeschlossen sind jedoch Kinder in Drittstaaten. Geregelt ist dieses System der Familienbeihilfenzahlungen aufgrund von EU-Bestimmungen. Ein Problem im Rahmen der Sozialleistungen verortet Integrationsminister Kurz in den Auszahlungen der Familienbeihilfe ins Ausland. Dem Vorschlag von Integrationsminister Kurz zufolge soll die Familienbeihilfe für in Österreich arbeitende EU-Bürger/innen, deren Kinder außerhalb Österreichs leben, dem Niveau im jeweiligen Herkunftsland angepasst werden.

Auf nationaler Politikebene ist man derzeit um eine sachliche Diskussion bemüht. Um diese Themen auf europäischer Ebene zu thematisieren, wurde von der EU-Kommission eine Arbeitsgruppe einberufen, deren erste Sitzung für Herbst 2015 anberaumt ist.

Sozialsysteme überdenken

Auch der Bezug der Mindestsicherung durch ausländische Staatsangehörige steht verstärkt im Fokus. Dem 3. Wiener Sozialbericht ist zu entnehmen, dass 2013 etwa 150.000 Personen in Wien die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) bezogen haben. Österreichweit lag die Zahl der BMS-Bezieher/innen 2013 bei ca. 240.000 Personen. Rund ein Drittel davon waren ausländische Staatsangehörige. Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist eine finanzielle Leistung für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen und kann auch von EU-Bürger/innen in Anspruch genommen werden. Seit Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung 2010 ist die Anzahl der Bezieher/innen in Wien um mehr als 40% gestiegen. Während die Zahlen bei österreichischen Staatsbürger/innen rückläufig waren, kam es bei ausländischen Staatsbürger/innen zu einem starken Anstieg. Auch in diesem

Bereich wird daher über eine Reform der Systeme nachgedacht. Entscheidend dafür ist eine gesicherte Datenlage, denn Reformen sind nur auf Grundlage von Fakten und verfügbaren Zahlen und Daten möglich, wie auch der Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds Franz Wolf betont. Wie im Bereich der Familienbeihilfe soll auch hier eine sachliche Diskussion ermöglicht werden.

DATEN & FAKTEN ZUR FAMILIENBEIHILFE

- beträgt 109,70 Euro pro Kind und Monat und erhöht sich, wenn eine bestimmte Altersgrenze überschritten wird
- finanziert durch Familienlastenausgleichsfonds (FLAF)
- alle Arbeitnehmer/innen finanzieren mit 4,5% ihrer Bruttolohnsumme den FLAF
- Anspruch auf Leistungen haben unter gewissen Voraussetzungen auch ausländische Staatsbürger/innen

Quelle: BMFJ/BMF

Weitere Informationen finden Sie [» hier](#)

Flucht und Asyl

Rekordzahlen bei Flüchtlingen und Gipfelgespräche zum Thema Asyl

Insgesamt 70.000 Asylsuchende werden für 2015 in Österreich erwartet, ein dramatischer Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren. Vor diesem Hintergrund tagten am 22. Juni auch die Landeshauptleute.

Laut Innenministerium wurden in den ersten fünf Monaten des Jahres über 20.600 Asylanträge in Österreich eingebracht, Tendenz weiterhin steigend. Österreich nimmt neben Schweden pro Kopf die meisten Asylsuchenden auf. Während auf EU-Ebene nach Lösungen für eine faire Verteilung von Asylsuchenden auf alle Mitgliedsstaaten gesucht wird, bleibt auch in Österreich die Frage der Unterbringung der Flüchtlinge ein prioritäres Thema.

Gipfelgespräche zum Thema Asyl

Am 22. Juni fanden Gespräche zwischen den Landeshauptleuten, NGOs und Regierungsvertretern statt, bei denen erste Verhandlungen über künftige Bezirksquoten zur Unterbringung von Asylsuchenden geführt wurden. Integrationsminister Sebastian Kurz setzt sich zudem für die Finanzierung von zusätzlichen 10.000 Plätzen für Deutschkurse ein.

Unterkünfte in den Regionen

Eine ORF-Recherche hat ergeben, dass in mehr als zwei Drittel aller Gemeinden in Österreich derzeit keine Asylsuchenden untergebracht sind. Diese Auswertung bezieht sich jedoch nur auf Unterbringungsmöglichkeiten, die von den einzelnen Bundesländern organisiert wurden. Innenministerin Mikl-Leitner hat angesichts der Herausforderung der Versorgung von Asylwerber/innen angekündigt, das österreichische Asylsystem durch eine prioritäre Bearbeitung der „Dublin-Fälle“ entlasten zu wollen. Dieser Vorschlag stieß im In- und Ausland auf Kritik.

Asyl wird Chefsache

Auch im Parlament führte die nach wie vor ungeklärte Frage der Verteilung von Flüchtlingen in Österreich zu hitzigen Auseinandersetzungen. Um eine Lösung in der Asyldebatte voranzutreiben, kündigten Kanzler Faymann und Vizekanzler Mitterlehner an, die heikle Flüchtlingsfrage zur Chefsache zu erklären. Eine Aktion der SPÖ-Linz gegen ein geplantes Asylzentrum in Linz führte indes zu heftiger Kritik.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Ausländische Wohnbevölkerung auf 13% gestiegen

Aktuelle Zahlen der Statistik Austria zeigen, dass mit 1.1.2015 rund 1,1 Millionen ausländische Staatsangehörige in Österreich leben. Maßgeblich ist hierbei die gestiegene Nettozuwanderung von 72.000 Ausländer/innen.

Unter den ausländischen Staatsangehörigen stammt etwa die Hälfte aus Ländern der Europäischen Union. Unter dieser Gruppe bildeten beinahe 170.500 deutsche Staatsbürger/innen die größte Ausländer/innen-Gruppe in Österreich. Betrachtet man die Nettozuwanderung, so zeigt sich, dass diese 2014 auf 72.000 Personen gestiegen ist (2013: 54.700 Personen). 62% des Wanderungsgewinns (Zuzüge minus Wegzüge) der nicht-österreichischen Staatsbürger/innen entfielen auf EU-Bürger/innen. Die größten Gruppen waren Personen aus Rumänien (+12.700 Personen), Ungarn (+7.800 Personen) und Deutschland (+5.600 Personen). Der Wanderungssaldo mit Nicht-EU-Staaten lag 2014 bei +29.902 Personen. Mit Ländern außerhalb Europas ergaben sich die mit Abstand größten Wanderungssalden bei Staatsangehörigen aus Syrien (+7.129 Personen) und aus Afghanistan (+2.709 Personen).

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Fachtagung „Islam europäischer Prägung“ in Wien

Am 15. Juni kamen in Wien Expert/innen aus dem In- und Ausland zusammen, um gemeinsam mit über 200 interessierten Teilnehmer/innen über den Islam und das Leben der Muslim/innen im europäischen Kontext zu diskutieren.

Im Zentrum der Tagung an der Diplomatischen Akademie stand die Frage nach der Entwicklung und Zukunft des Islam sowie der Lebensrealitäten der Muslim/innen in Europa. Diskutiert wurde u.a. wo es bereits Ansätze für einen „Islam europäischer Prägung“ in Österreich gibt und wo die kommenden Herausforderungen und Chancen dafür liegen. Die Tagung wurde von Integrationsminister Kurz eröffnet und von bekannten Islamwissenschaftler/innen und Expert/innen aus der Praxis begleitet. Neben dem Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, Dr. Sanaç, nahmen zahlreiche internationale Vertreter/innen aus dem deutschsprachigen Raum teil. Bei einem Social-Media-Talk hatten junge Muslim/innen die Gelegenheit, direkt mit Integrationsminister Sebastian Kurz zu diskutieren. Bevormundung aus dem Ausland lehnten die Jugendlichen dabei ab und betonten ihre Zugehörigkeit zur österreichischen Gesellschaft. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Asyl und Zuwanderung als Motive bei Landtagswahlen

Ende Mai fanden in der Steiermark und im Burgenland Landtagswahlen statt. Die Koalitionsparteien hatten Wählerverluste, während die FPÖ Zulauf erhielt. Ausschlaggebende Themen: die „Ausländerfrage“ bzw. Integration.

Sowohl Wählerumfragen als auch Expertenanalysen belegen, dass in erster Linie Zuwanderungs- beziehungsweise Asylthemen den Wahlausgang – vor allem in der Steiermark – maßgeblich mitbestimmen. Eine SORA-Umfrage im Auftrag des ORF hat beispielsweise ergeben, dass die meisten FPÖ-Wähler/innen aufgrund des Wahlmotivs „Ausländer/Asylanten“ dieser Partei ihre Stimme gegeben haben. Die FPÖ war die Partei, die das Thema im Wahlkampf am stärksten beansprucht hat. Die Parteichefs der steirischen SPÖ und ÖVP erklärten, sich zukünftig verstärkt und vordringlich mit Integration und Asyl auseinandersetzen zu wollen. Denn gerade die intensiven Debatten rund um den Zustrom von Flüchtlingen und ihre Unterbringung, die Bund und Länder seit Monaten beschäftigt, hatten Einfluss auf das Wahlverhalten in den beiden Bundesländern.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Tabuthema: Kriminalität bei Ausländer/innen

Bei der Zahl krimineller Delikte und Straftaten, die von ausländischen Staatsangehörigen verübt werden, ist ein Anstieg zu verzeichnen. Gleichzeitig werden auch immer mehr Ausländer/innen Opfer von Verbrechen.

Dies geht aus der jährlich vom Bundesministerium für Inneres veröffentlichten Kriminalstatistik und der Statistik Austria hervor. Bei den Kriminaldelikten waren Rumänien, Serbien, Deutschland, die Türkei sowie Bosnien und Herzegowina die am stärksten vertretenen Herkunftsländer. Bei den Delikten zeigt sich, dass 2013 etwa ein Viertel aller Straftaten gegen Leib und Leben, ca. 43% der Vermögensstraftaten und etwa 27% der Straftaten gegen die sexuelle Integrität von Ausländer/innen begangen wurde. Auch unter den Opfern zeigt sich 2013, dass hier ausländische Staatsangehörige stark betroffen sind (ca. 25%), obgleich ihr Bevölkerungsanteil 2013 nur bei rund 12% lag. Besonders betroffen waren Angehörige afrikanischer Staaten. Unterrepräsentiert sind Migrant/innen im Strafvollzug. Justizminister und Außenminister starteten daraufhin eine Ausschreibung für Strafvollzugsbeamten/innen mit Migrationshintergrund.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl

EU: Keine Einigung über geplante Asylquoten

Am 16. Juni diskutierten die EU-Innenminister erneut über den Vorschlag zu einer neuen EU-Migrationsagenda und über die Flüchtlingsverteilung in der EU. Eine Einigung blieb aus.

Angesichts der Ablehnung einer verpflichtenden Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen scheint es derzeit unwahrscheinlich, dass sich die EU-Staaten auf die Umsetzung einer gemeinsamen Migrationsagenda einigen. Deutschland und Frankreich hatten bereits vor Wochen auf den Kommissionsvorschlag reagiert und eine andere Berechnung der Quote gefordert, die „Vorleistungen“ (bereits aufgenommene Flüchtlinge) stärker gewichten würde. Andere Länder wie Spanien verweisen auf die hohe Arbeitslosigkeit in ihren Ländern, die eine Aufnahme von mehr Asylsuchenden erschweren würde. Osteuropäische Länder lehnen eine verpflichtende Quote ebenfalls ab, während Österreich und Deutschland sich dafür einsetzen. Größere Übereinstimmung gab es bei der Möglichkeit, „Hotspots“ zur Erstabklärung von Asylanträgen in den EU-Grenzländern einzurichten und jene Personen rascher abzuschicken, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Die Gespräche auf EU-Ebene werden fortgesetzt. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl

Weltflüchtlingstag: Rekordanstieg bei Vertriebenen

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni hat das UN-Flüchtlingshochkommissariat seine Bilanz für 2014 veröffentlicht: Weltweit sind fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

Laut UNHCR-Bericht „Global Trends 2014“ ist die Zahl der Vertriebenen in den Jahren von 2013 auf 2014 um 8,3 Millionen Personen angestiegen. Maßgeblich verantwortlich für diesen Rekordanstieg ist der andauernde Konflikt in Syrien. Vertriebene aus Syrien, Afghanistan und Somalia machen mehr als die Hälfte aller Vertriebenen weltweit aus. 19,5 Millionen der fast 60 Millionen von UNHCR registrierten Vertriebenen waren Flüchtlinge, über 38 Millionen Binnenflüchtlinge, weitere 1,8 Millionen Asylsuchende, die noch auf den Ausgang ihres Verfahrens warten. Im Durchschnitt mussten 2014 etwa 42.500 Menschen pro Tag ihr Zuhause verlassen, um woanders im In- oder Ausland Schutz zu suchen. 86% der Vertriebenen hielten sich in den ärmeren Ländern der Welt auf, oftmals in Nachbarländern der Herkunftsstaaten. Laut UNHCR war die Türkei erstmals das Land, das die meisten Flüchtlinge aufnahm (1,59 Mio.), gefolgt von Pakistan (1,51 Mio.) und dem Libanon (1,15 Mio). Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl

Australien siedelt Flüchtlinge nach Kambodscha um

Im Mai trat ein Abkommen zwischen Australien und Kambodscha in Kraft, das eine freiwillige Umsiedelung von Flüchtlingen von australischen Lagern in den asiatischen Staat vorsieht.

Das Abkommen sieht die freiwillige Überstellung von Flüchtlingen aus Internierungslagern – wie etwa auf der vor Australien liegenden Pazifikinsel Nauru – nach Kambodscha vor. Ausgelegt ist das Abkommen auf vier Jahre und es umfasst finanzielle Leistungen seitens der australischen Regierung in Höhe von 28 Mio. Euro. Von den derzeit geschätzten 677 Asylsuchenden auf der Insel Nauru haben sich bisher vier Personen zu einer Umsiedelung bereit erklärt. Obwohl auf Nauru von internationalen Organisationen Missstände aufgedeckt wurden, kommt die Umsiedelung in das arme Kambodscha für viele Asylsuchende nicht in Frage. Während der australische Minister für Einwanderung, Peter Dutton, in der freiwilligen Zustimmung zur Umsiedelung erster Betroffener ein positives Beispiel für weitere Flüchtlinge sieht, zeigen sich Vertreter internationaler Flüchtlingsorganisationen wegen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation Kambodschas besorgt. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Ungarn: Internationale Kritik an Einwanderungsumfrage

Bis Ende Juni soll die ungarische Bevölkerung ihre Meinung zu den Themen Migration und Terrorismus abgeben. Allein die Verbindung dieser beiden Themen löste Kritik aus.

Eine von der ungarischen Regierung initiierte Nationale Konsultation zum Thema Migration und Terrorismus soll die Stimmung der Bevölkerung aufzeigen. Die Fragebogen- und Begleitbriefformulierung von Premier Orbán sorgen jedoch für internationale Aufmerksamkeit, da darin eine Verbindung zwischen Zuwanderung und Terrorismus suggeriert wird. Gefürchtet wird, dass so Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung geschürt werden. Eurostat zufolge hat Ungarn derzeit die zweithöchste Asylwerber/innen-Quote in der EU. 2014 gingen laut UNO über 41.000 Asylanträge in Ungarn ein, laut Regierung werden im Schnitt nur 10% der Anträge positiv beschieden, da der Großteil der Asylanträge durch Wirtschaftsmigration bestimmt ist. Um sich vor anhaltender Zuwanderung zu schützen, hat die Regierung einerseits die Errichtung eines Schutzzaunes an der Grenze zu Serbien angeordnet, andererseits das Dublin-Abkommen ausgesetzt, das die Staaten-Zuständigkeit von Asylansuchen regelt. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Luxemburg: Ausländerwahlrecht klar abgelehnt

Am 7. Juni wurde in Luxemburg über die Einführung eines Ausländerwahlrechts bei Parlamentswahlen abgestimmt. Der Vorschlag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Mit einer deutlichen Mehrheit von 78% der Stimmen sprachen sich die Bürger/innen Luxemburgs gegen den Vorschlag eines „Einwohnerwahlrechts“ aus. Dieses hätte jenen Ausländer/innen, die seit 10 Jahren in Luxemburg leben und ihre Stimmen bereits bei Gemeindewahlen abgegeben haben, auch bei nationalen Parlamentswahlen das Stimmrecht erteilt und hätte mindestens 35.000 Personen betroffen. Insgesamt sind mittlerweile 46% der fast 564.000 Einwohner/innen Luxemburgs Ausländer/innen. Die Zuwanderung nach Luxemburg wird von EU-Bürger/innen dominiert. Über 85% der ausländischen Bevölkerung kommen aus EU-Staaten. Die größten Gruppen sind Personen aus Portugal (16%), Frankreich (7%) und Italien (3,5%). Darüber hinaus sollen rund 150.000 Menschen täglich aus Deutschland, Frankreich und Belgien zur Arbeit nach Luxemburg pendeln, viele sind im Finanzsektor tätig. Luxemburg wäre das erste EU-Land mit Ausländerwahlrecht bei nationalen Parlamentswahlen gewesen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

EuGH: Integrationstests für Drittstaatsangehörige erlaubt

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass von Nicht-EU-Bürger/innen für ein Daueraufenthaltsrecht eine Integrationsprüfung verlangt werden kann.

Das Urteil in einem Fall aus den Niederlanden besagt, dass EU-Mitgliedsländer von Drittstaatsangehörigen im Zuge einer Integrationsprüfung einen Nachweis über Sprach- und Landeskennnisse verlangen dürfen, wenn diese eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung bekommen möchten. Eine solche können Drittstaatsangehörige beantragen, wenn sie fünf Jahre lang durchgehend in einem EU-Land gelebt haben. In den Niederlanden wird vor der Vergabe des Daueraufenthaltstitels die Absolvierung eines Integrationstests gefordert. Absolvieren Zuwander/innen die Prüfung nicht erfolgreich, wird eine Strafzahlung verhängt. Der Europäische Gerichtshof hält diese Praxis solange für zulässig, solange die Kosten für den Test oder die Strafzahlungen nicht dazu führen, dass ein Aufenthalt für die Betroffene bzw. den Betroffenen nicht mehr leistbar wäre. Darüber hinaus dürfe laut EuGH das Aufenthaltsrecht nicht von diesem Integrationstest abhängen. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Pressebeobachtung: Integration und Migration

Worüber wurde im Mai berichtet?

Asyl- bzw. Flüchtlingsthemen beherrschten die Berichterstattung auch im Mai. Bemühungen auf EU-Ebene zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms standen ebenso im Fokus wie die Thematik rund um die Flüchtlingsverteilung innerhalb Österreichs.

Nach dem EU-Sonderflüchtlingsgipfel Ende April wurde Mitte Mai der EU-Kommissionsvorschlag für eine Europäische Migrationsagenda vorgelegt. Medial sorgten die Vorschläge für Berichte und Beiträge verschiedener Art: Sowohl Befürworter der Kommissionsvorschläge als auch kritische Stimmen kamen zu Wort. Gleichsam wurden der Kommissionsvorschlag für ein EU-Notfallprogramm zur Flüchtlingsverteilung sowie ein mittelfristiger Verteilungsschlüssel vorgelegt. In der Presse wurden die einzelnen Punkte des Vorschlages analysiert und Reaktionen der verschiedenen EU-Mitgliedsländer abgebildet.

Flüchtlingsverteilung in Österreich

Aufgrund mangelnder Unterkunftsplätze für Asylwerber/innen wurden im Mai unter starkem öffentlichen Interesse Zeltlager an drei Standorten in Österreich als Notlösung aufgestellt. Diese

sind auch auf Kritik gestoßen und haben für eine intensive Berichterstattung gesorgt. Gleichzeitig wurden auch neue Rekordzahlen von Asylanträgen veröffentlicht sowie die offiziellen Prognosen für die 2015 zu erwartenden Gesamtantragszahlen, die einen historischen Höchstwert erreichen sollen. Ein spezieller Fokus von etlichen Pressemeldungen war die Situation von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, von denen viele derzeit im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen untergebracht sind.

Asyl und Zuwanderung als Wahlkampfthemen

Vor den Landtagswahlen in der Steiermark und im Burgenland am 31. Mai wurden die Themen Migration, Integration und Asyl im Zuge des Wahlkampfes auch von Parteien, insbesondere der FPÖ, immer wieder thematisiert. Dies wurde ebenfalls medial aufgegriffen.

Beschluss der Fremdenrechtsnovelle

Beschlossen wurde am 21. Mai zudem eine Novellierung des Asylgesetzes, die sich unter anderem mit dem Thema beschleunigter Asylverfahren sowie mit einer besseren längerfristigen Verteilung von Flüchtlingen auf die Regio-

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»»**Erster Imam für islamische Militärseelsorge** — Das Verteidigungsministerium und die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich ernannten im Juni 2015 Abdulmedzid Sijamhodzic als ersten muslimischen Geistlichen für die islamische Militärseelsorge.««««

»»»**Neues Bonussystem bei Wohnungsvergabe bevorzugt „Alt-Wiener/innen“** — Ab 1. Juli gilt ein neues Bonus-System bei der Vergabe von geförderten und Gemeindewohnungen. Personen, die schon länger in Wien leben, werden gegenüber Neuzuwander/innen bevorzugt.««««

»»»**EU-Kommissionsbericht zur Mobilität kroatischer Arbeitskräfte** — Die Zuwanderung kroatischer Arbeitskräfte in die EU-Länder ist auch nach Kroatiens EU-Beitritt relativ gering. Österreich war Zielland Nr. 2 — 17% der kroatischen Arbeitskräfte sind hier erwerbstätig.««««

»»»**Schubhaft für „Dublin-Fälle“ in Österreich** — Nach einer Verordnung von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner können Asylwerbende, für die laut Dublin-Abkommen ein anderer EU-Staat zuständig ist, künftig in Schubhaft genommen werden.««««

Publikationen



migration & integration.
Schwerpunkt: Bundesländer.
zahlen.daten.fakten. 2014/15.
Österreichischer Integrationsfonds

Die Statistikbroschüre liefert einen kompakten Überblick über Migrant/innen in den einzelnen österreichischen Bundesländern.

Bestellinformationen [»» hier](#)



Islam als Teil der Gemeinde
Österreichischer Integrationsfonds

Die Publikation stellt den Islam in Österreich vor und bietet Informationen für Gemeinden, Organisationen und Multiplikator/innen.

Bestellinformationen [»» hier](#)



Österreich Spiegel Sommerausgabe
Österreich Institut, ÖIF

Der Österreich Spiegel liefert Lehr- und Lernunterlagen für den Deutschunterricht oder für das Selbststudium. Über Rubriken wie

„Tradition und Brauchtum“ oder „Ausflugsziele in Österreich“ wird auch interessantes Landeswissen vermittelt. Der Schwerpunkt der Sommerausgabe liegt auf dem Thema „Zusammenhalt“.

Bestellinformationen [»» hier](#)

Termine

29. JUNI BIS 2. JULI, KREMS

7. Dialogforum – Summer School 2015: „Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis“

Das Dialogforum der Donau-Universität Krems widmet sich der Zukunftsfrage der Migration und Integration sowie den gegenwärtigen Herausforderungen. Im Fokus steht der Dialog von Wissenschaft, Politik und Praxis.

Wo: Donau-Universität Krems

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

19. AUGUST BIS 4. SEPTEMBER, ALPBACH

Europäisches Forum Alpbach 2015

Das diesjährige Forum steht unter dem Motto „UnGleichheit-InEquality“. Eine Breakout-Session am 31. August widmet sich auch spezifisch dem Thema der Anerkennung von Qualifikationen von Migrant/innen. Wo: Alpbach, Österreich

Weitere Informationen [»» hier](#)

WINTERSEMESTER 2015

Lehrgang „DolmetscherInnen im Asylverfahren“

UNHCR und die VHS Wien bieten einen neuen modulbasierten Lehrgang für Dolmetscher/innen im Asylverfahren an. Die Module des Wintersemesters können einzeln und im Block gebucht werden. Anmeldefristen je nach Modul ab 4. September 2015. Wo: Wien und Online.

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

Neues vom ÖIF



Liese Prokop Stipendium 2015/16 ausgeschrieben

Bewerben können sich sozial bedürftige Drittstaatsangehörige, die erfolgreich in Österreich studieren und keine Studienbeihilfe beziehen. Bewerbungsfrist: 31. Juli 2015
Aktuell laufen auch noch Bewerbungen für den Journalistenpreis Integration, den Forschungspreis und Mentoring für Migrant/innen.
Weitere Informationen [»» hier](#)



Fünf neue ZUSAMMEN: ÖSTERREICH-Integrationsbotschafter

Am 27. Mai wurden in der Kroatischen Botschaft fünf neue Integrationsbotschafter/innen mit kroatischen Wurzeln vorgestellt, die sich fortan an der Initiative ZUSAMMEN:ÖSTERREICH beteiligen werden. Weitere Informationen [»» hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 – 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.